

Bereich 22 - Betriebswirtschaft und
Beteiligungsverwaltung, Controlling
Herr Larisch

Datum:
21.12.2020

Beschlussvorlage

Beschließendes Gremium:
Verwaltungsausschuss

**Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis
Lüneburg mbH - Jahresabschluss 2019
Weisungen an die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung**

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	22.03.2021	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen
N	23.03.2021	Verwaltungsausschuss

Sachverhalt:

In der Sitzung des Aufsichtsrates der gemeinnützigen Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg mbH (gBuk) am 18.12.2020 wurde der Jahresabschluss 2019 behandelt. Die städtischen Beteiligungsvertreter sind für den Beschluss in der Gesellschafterversammlung entsprechend mit Weisungen zu versehen.

Für das Geschäftsjahr 2019 sind hierzu die Bilanz (Anlage 1), die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und der Lagebericht (Anlage 3) beigefügt. Danach schließt der Jahresabschluss 2019 wie folgt ab:

Bilanzsumme:	1.742.862,73 €
Jahresüberschuss:	250.186,82 €
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen:	13.758,29 €
Einstellungen in die Gewinnrücklagen:	263.945,11 €

Die DIERKES Lüneburg AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Abschluss für das Geschäftsjahr 2019 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der testierte Bericht kann beim Beteiligungsmanagement, Reitende-Diener-Straße 17, Raum 112, eingesehen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung der gemeinnützigen Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg mbH werden angewiesen, den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 250.186,82 € festzustellen und in die Gewinnrücklagen zu zuführen. Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat sind für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00
 aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen: Keine
- c) an Folgekosten: Keine
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 Ja
 Nein
 Teilhaushalt / Kostenstelle:
 Produkt / Kostenträger:
 Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen: Keine

Anlage/n:

- Anlage 1: Bilanz
Anlage 2: Gewinn- und Verlustrechnung
Anlage 3: Lagebericht

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Protokollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

**Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg mbH
Lüneburg**

Bilanz
zum
31. Dezember 2019

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		6,00	6,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		57.194,00	79.811,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	487.052,07		752.261,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>251.577,90</u>		<u>83.393,60</u>
		738.629,97	835.654,60
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		918.607,35	628.414,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten		28.425,41	49.494,14
		<u>1.742.862,73</u>	<u>1.593.380,11</u>

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		200.000,00	200.000,00
II. Kapitalrücklage		31.630,56	31.630,56
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen		773.834,39	523.647,57
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		201.000,00	207.650,00
C. Verbindlichkeiten			
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.852,60		3.980,80
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	187.206,02		171.224,87
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>177.171,06</u>		<u>88.404,11</u>
		368.229,68	263.609,78
D. Rechnungsabgrenzungsposten		168.168,10	366.842,20
		<u>1.742.862,73</u>	<u>1.593.380,11</u>

**Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg mbH
Lüneburg**

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis zum 31. Dezember 2019

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	4.249.498,10	4.378.681,81
2. sonstige betriebliche Erträge	932.574,73	868.406,28
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	282.959,86	334.271,85
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.264.943,89</u>	<u>1.476.400,97</u>
	1.547.903,75	1.810.672,82
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.936.738,83	2.006.086,07
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	<u>419.924,85</u>	<u>414.534,96</u>
	2.356.663,68	2.420.621,03
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des An- lagevermögens und Sachanlagen	38.975,26	41.519,85
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	988.640,83	1.078.605,52
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>297,51-</u>	<u>0,00</u>
8. Ergebnis nach Steuern	<u>250.186,82</u>	<u>104.331,13-</u>
9. Jahresüberschuss	250.186,82	104.331,13-
10. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus anderen Gewinnrücklagen	13.758,29	134.999,13
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen	<u>263.945,11</u>	<u>30.668,00</u>
12. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Grundlagen des Unternehmens:

1.1. Geschäfte und Rahmenbedingungen:

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2006 gegründet. Sie hat den Auftrag, wohnortnah Bildungs- und Kulturangebote jeglicher Art zu planen, zu organisieren, bereitzustellen und zu fördern. Die bisher einzige Sparte der Gesellschaft ist der Betrieb der vhs REGION Lüneburg. Die vhs REGION Lüneburg ist aus einer im Jahr 2008 erfolgten Fusion der beiden in der Hansestadt und im Landkreis Lüneburg tätigen Volkshochschulen entstanden. Gesellschafter sind zu gleichen Anteilen von je 50 % die Hansestadt Lüneburg und der Landkreis Lüneburg.

2. Wirtschaftsbericht:

2.1 Geschäftsergebnisse und Ertragslage:

Die Gesellschaft weist für das Wirtschaftsjahr 2019 ein positives Ergebnis aus. Dies ist insoweit bemerkenswert, als dass der Wirtschaftsplan 2019 für das Wirtschaftsjahr 2019 ein negatives Ergebnis vorsah und für 2019 ein weiterer Rückgang der Anzahl der Unterrichtseinheiten festzustellen ist.

Jahr	Unterrichtseinheiten
2011	65.683
2012	60.472
2013	63.335
2014	65.410
2015	73.928
2016	87.766
2017	87.506
2018	81.568
2019	71.615

Die Jahresergebnisse haben sich im Neun-Jahres-Vergleich wie folgt entwickelt:

Jahr	Jahresergebnis in Tsd.
2011	- 48
2012	149
2013	58
2014	- 95
2015	- 171
2016	238

2017	168
2018	- 104
2019	250

Obwohl die Anzahl der Unterrichtseinheiten insgesamt und insbesondere auch der über das NEBG geförderten Unterrichtseinheiten auf 49.237 (im Vorjahr 57.448 UE) zurückgegangen ist, war es möglich, das Geschäftsergebnis zu verbessern (sowohl im Vergleich zum Vorjahresergebnis als auch im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2019). Dies hat seinen Grund darin, dass im Bereich der Ausgaben konsequent gegengesteuert wurde.

Dies trifft insbesondere für die Bereiche der großen Ausgabenblöcke

- Personal (- 65 T€)
- Honorar (- 195 T€)
- Miete/Instandhaltung (- 66 T€)

zu. Nicht unerwähnt muss in diesem Zusammenhang bleiben, dass im gesamten Jahr 2019 die Stelle der VHS-Leitung unbesetzt war.

Erfreulicherweise hat sich der Bereich der klassischen VHS-Angebote (Arbeit & Beruf, Gesundheit, Fremdsprachen usw.) nach längerer Zeit rückläufiger Zahlen in 2019 stabilisiert. Im Bereich Integration kam es allerdings zu einem deutlichen Rückgang (Umsatzerlöse - 238 T€). Dies war vor dem Hintergrund sinkender Flüchtlingszahlen allerdings zu erwarten. Wie in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, ist dies insoweit eine Situation, die ständig beobachtet werden muss und ggf. Gegensteuerung erfordert. Sie stellt aber auch ein hohes Risiko für die VHS dar. Insoweit ist die Bildung von Rücklagen unbedingt erforderlich, ohne dass sich das Risiko derart konkretisieren ließe, dass dies die Bildung von Rückstellungen rechtfertigt.

Insgesamt verbessert sich das Jahresergebnis für das Wirtschaftsjahr 2019 um 323 T€ gegenüber dem Ansatz im Wirtschaftsplan 2019 (-73 T€) sowie gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2018 von -104 T€ um 354 T€).

3. Vermögens- und Finanzlage:

Der Finanzmittelfonds lag zum 31. Dezember 2019 bei 918 T€ (Vorjahr 628 T€).

Wesentliche Kennzahlen zum 31. Dezember 2019 sind damit:

Liquidität in Tsd.	Eigenkapital in Tsd.	Bilanzsumme in Tsd.
918	1.005	1.742

Das Vermögen zum 31. Dezember 2019 beträgt 1.742 T€. Davon entfallen 57 T€ (3,2 %) auf das Anlagevermögen und 1.657 T€ (95,1 %) auf das Umlaufvermögen. Die Rechnungsabgrenzungsposten betragen 28 T€ (1,7 %)

Aufgrund des Jahresergebnisses 2019 ist das Eigenkapital von 755 T€ im Vorjahr auf 1.005 T€ im laufenden Jahr gestiegen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Eigenkapitalquote von 47,5 % der auf 57,6 % in 2019.

Das Fremdkapital ist von 838 T€ (52,5 %) auf 737 T€ (42,4 %) gesunken. Im Wirtschaftsjahr 2019 macht das Fremdkapital somit nominal als auch prozentual einen geringeren Anteil an der Bilanzsumme aus. Es teilt sich auf die drei Schwerpunkte Rückstellungen, kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten auf.

Bemerkenswert ist, dass der Wert für Abschreibungen auf 39 T€ (Vorjahr 42 T€) gesunken ist. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Abschreibungen im Jahr 2017 noch 78 T€ betragen. Hier wird deutlich, dass die VHS bereits über einen längeren Zeitraum einen Investitionsstau aufgebaut hat. Dies zeigt sich auch in den oben dargestellten Relationen von Umlaufvermögen und Anlagevermögen.

Hier wird, um ein attraktives, marktfähiges Bildungsangebot vorzuhalten, die Notwendigkeit gesehen, in entsprechende Infrastruktur zu investieren. Entsprechende Rücklagen wurden gebildet, die nun allerdings aufgrund der aktuellen Entwicklung für den Ausgleich künftiger Verluste verwendet werden müssen.

4. Prognosebericht

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Ende Januar den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Seit dem 11. März 2020 stuft die WHO die Verbreitung des Coronavirus (Covid-19) als Pandemie ein. Der Ausbruch des Coronavirus und die dadurch ausgelöste globale Pandemie haben erhebliche Auswirkungen, die in der Prognose für das Jahr 2020 und 2021 berücksichtigt werden, soweit sie für die Gesellschaft relevant sind.

Der im September 2020 vom Aufsichtsrat genehmigte Corona-Nachtragshaushalt 2020 weist einen Jahresfehlbetrag von - 556 T€ gegenüber dem ursprünglichen Haushalt 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von - 61 T€ aus. Die sinkenden Umsätze (- 1.082 T€) und der erwartete Jahresfehlbetrag 2020 führen zu einer deutlichen Reduzierung des Eigenkapitals von rd. 1.005 T€ auf voraussichtlich ca. 449 T€ zum 31.12.2020. Die liquiden Mittel werden voraussichtlich von rd. 919 T€ zum 31.12.2019 auf ca. 346 T€ zum Jahresende 2020 sinken.

Der Entwurf des Wirtschaftsplans 2021, der in der Aufsichtsratssitzung am 5.11.2020 präsentiert wurde, zeigt einen weiteren Jahresfehlbetrag in 2021 in Höhe von -222 T€, verbunden mit einem weiteren Rückgang der Liquidität. Der Wirtschaftsplan 2021 wurde auf Basis der guten Erfahrungen im 3. Quartal 2020 unter Berücksichtigung der aktuell möglichen Raumbelastung erstellt und berücksichtigt noch nicht die Folgen des Lockdowns light im November 2020.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft und zur Abwendung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit haben die Gesellschafter jeweils eine Patronatserklärung in Form einer allgemeinen Liquiditätszusage (Darlehenszusage mit Rangrücktrittsvereinbarung) über 150 T€ befristet bis zum 31.12.2021 abgegeben.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf der Grundlage des genehmigten Nachtragshaushaltes 2020, des Wirtschaftsplanes 2021 (Stand 5.11.2020), der Eigenkapitalausstattung und der Liquiditätszusagen der Gesellschafter ist von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft (going-concern) zumindest bis zum 31. Dezember 2021 auszugehen.

Aufgrund der unsicheren Entwicklung der Corona-Krise ist eine abschließende Risikoeinschätzung und sichere Prognose derzeit nicht möglich. Insbesondere sind die Ergebniserwartung für 2020 und 2021 unter dem Vorbehalt zu sehen, dass nicht durch einen weiteren Lockdown oder erhebliche Einschränkungen infolge steigender Infektionszahlen der Geschäftsbetrieb erneut deutlich runtergefahren werden muss.

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie ab und ist daher von einer hohen Unsicherheit und Volatilität geprägt. Zwar werden enorme Konjunkturpakete auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu stützen, jedoch werden die Gesamtauswirkungen hierdurch voraussichtlich lediglich abgemildert. Hinzu kommt, dass die vhs REGION Lüneburg als gemeinnützige GmbH mit kommunaler Beteiligungsstruktur bislang durch alle Förderraster fällt und die entstehenden Verluste ausschließlich durch Gewinnrücklagen und Liquiditätsüberschüsse aus der Vergangenheit auffangen kann. Unter diesen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen wird insgesam für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 von einem negativen Geschäftsverlauf ausgegangen.

Die tatsächliche Entwicklung kann darüber hinaus ebenso von den im nachfolgenden Risikobericht dargestellten Risiken beeinflusst werden.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken:

Die fortdauernde Corona-Pandemie stellt im Vergleich zu den Vorjahren ein gesamtwirtschaftliches und exogenes Risiko dar, welches die operativen Geschäftsprozesse in der vhs REGION Lüneburg wesentlich beeinflusst. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie sind geeignet, den Bestand der Gesellschaft durch erhebliche Umsatzrückgänge zu gefährden. Eine hohe Ergebnisbelastung über das Geschäftsjahr 2020 hinaus ist bei einem anhaltenden Verlauf der Corona-Krise zu erwarten.

Die Nachfrage nach den von der Gesellschaft in der Sparte Volkshochschule vorgehaltenen Bildungsangeboten ist nach wie vor in allen Kernbereichen (Klassische VHS, Zweiter Bildungsweg, Integration) und auch in den Beratungs- und Qualifizierungsprojekten hoch, jedoch werden Kundenbedürfnisse und das Kundenverhalten noch ausdifferenzierter - über das Corona-Krisenjahr hinaus - in der zunehmend komplexer werdenden Programmplanung zu berücksichtigen sein.

Neben der zunehmenden Digitalisierung auch in der Erwachsenenbildung wird in den nächsten Geschäftsjahren die Kundenbindung an die VHS als regionaler Anbieter des klassischen Kursangebotes (Gesellschaft/Politik/Umwelt, EDV/Beruf/Kommunikation, Sprachen, Gesundheit und Junge VHS) eine wesentliche Rolle spielen. Es gilt daher die Bildungsangebote und Lernräume trotz des Investitionsstaus

im Hinblick auf digitale Ausstattung und notwendige Renovierung der angemieteten Liegenschaften attraktiv für bestehende und mittelfristig neue Zielgruppen auszugestalten. Dies ist angesichts der coronabedingt (Lockdown, Abstandsregeln) sinkenden Teilnehmendenzahlen, sinkenden Unterrichtseinheiten und sinkenden Deckungsbeiträgen in und nach der Coronakrise eine sehr große Herausforderung: operativ für das Team der VHS, strategisch im Hinblick auf die Planung des bildungspolitisch notwendigen Unterrichtsvolumens in der regionalen Bildungslandschaft und wohl auch generell für die niedersächsischen Erwachsenenbildungsanbieter.

Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass es sich im umsatzstärksten Bereich Sprachförderung und Integration nicht um lang- oder auch nur mittelfristig fördertechnisch gesicherten Projekte handelt. Gerade im Bereich der Sprach- und Integrationskurse werden Maßnahmen von öffentlichen Auftraggebern nur für kurze Zeiträume vergeben, so dass immer wieder Projektbereiche wegbrechen und es nur schwer möglich ist, den entstehenden Aufwand kurzfristig zu senken, da Kosten (Mieten, Personal) wegen entsprechender vertraglicher Bindungen weiterlaufen. Nicht nur in Verbindung mit dem Lockdown bzw. dem Lockdown light bergen Remanenzkosten daher ein hohes Risiko für die VHS mit ihrem personalintensiven Bildungsangebot insbesondere im Bereich Integration. Insbesondere die Förderlogik des BAMF verankert Risiken grundsätzlich bei den Bildungsträgern und puffert diese auch in Coronakrisenzeiten mit stark eingeschränkten Teilnehmendenzahlen und stark erhöhten Aufwand in Verbindung mit digitalen Homeschooling-Angeboten nur wenig ab. Die Volkshochschule als wesentlicher Träger der Maßnahmen Spracherwerb und Integration in der Region Lüneburg wird sich entsprechend des Bildungsauftrags auch weiterhin der Aufgabe stellen müssen, ein verlässliches Angebot für zugewanderte Menschen vorzuhalten.

Es ist für das Wirtschaftsjahr 2021 nicht damit zu rechnen, dass Projekte und Kurse im Sprach- und Integrationsbereich in nennenswertem Umfang wegbrechen. Wie sich Förderszenarien auf EU, Bundes- und Landesebene allerdings angesichts der finanziellen Belastungen durch die Coronakrise entwickeln lässt sich nicht vorhersehen. Mögliche Marktberichtigungen und verknappte Angebote in der regionalen Trägerlandschaft könnten Chancen für die VHS bieten. Daher ist aber festzustellen, dass der migrationsbedingte Umsatz nicht auf Dauer garantiert ist und die gBuK darauf angewiesen ist, dass Bund und Land Projekte/Kurse kontinuierlich und ohne Lücken in der Laufzeit anbieten/nachfragen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass – wie bereits oben dargestellt – die Volkshochschule zur Sicherstellung eines kontinuierlichen Kursangebots Arbeitsverträge und Mietverträge abgeschlossen hat, die einen finanziellen Aufwand kontinuierlich auslösen, unabhängig davon, ob sie durch Einnahmen aus Projekten/Maßnahmen gegenfinanziert sind.

Daher werden der Personalplanung und den Personalkosten besondere Beachtung zu widmen sein. Insbesondere bringt die Aufforderung zu Tarifverhandlungen der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in der vhs REGION Lüneburg und damit ggf. verbundenen Entscheidungen oder Maßnahmen maßgebliche Veränderungen der zukünftigen Finanz- und Ertragslage der gBuK mit sich.

Die Volkshochschule REGION Lüneburg hat ab 2017 aus rechtlichen Gründen bei den Dozentinnen und Dozenten sowohl von Honorarverträgen auf Arbeitsverträge als auch von Zeitverträgen auf entfristete Verträge umgestellt. Dabei können Personalkosten auch bei sinkenden Umsätzen nicht kurzfristig angepasst werden und gehen vielmehr einher mit Remanenzkosten. Qualifizierte Beschäftigte sind dabei die wichtigste Ressource für den erfolgreichen operativen Bildungsbetrieb und die Zukunftsfähigkeit – nicht zuletzt im Sinne der (digitalen) Transformation auch im klassischen Kursbereich der VHS. Daher gilt es im kommenden Geschäftsjahr insbesondere in die Personal- und Organisationsentwicklung zu

„investieren“ und durch vorfinanzierte Anstrengungen in der Projektentwicklung qualifizierte Arbeitsplätze zu sichern, die Innovationsfähigkeit der VHS systematisch zu stärken und sukzessive neue Geschäftsfelder bzw. Zielgruppen im Bildungsbereich zu erschließen. Integrativer Bestandteil im Organisationsentwicklungsprozess der VHS muss daher stets die kundenorientierte Entwicklung des Bildungsangebots und dessen Vermarktung sein.

Der deutliche Umsatzrückgang in der Corona-Pandemie 2020 kann so in 2021 teilweise wieder aufgeholt werden, ohne jedoch die Ertragslage der Vorjahre kurzfristig wieder zu erreichen. Insoweit weist der vorläufige Wirtschaftsplan 2021 – auch ohne den Vorbehalt eines erheblich eingeschränkten Geschäftsbetriebs durch einen weiteren Lockdown bzw. Einschränkungen infolge steigender Infektionszahlen – ein Defizit in Höhe von -222 T€ aus. Als Nachwirkungen der Krise sind auch für die Jahre 2022/2023 Jahresfehlbeträge zu erwarten. Vorrangiges Ziel bleibt es aber mittelfristig, durch das Erzielen höherer Erträge zu ausgeglichenen Jahresergebnissen bei einem weiterhin breitgefächerten regionalen Bildungsangebot zu kommen.

Es bleibt festzustellen, dass die gBuK eine gemeinnützige Bildungs- und Kultureinrichtung ist und derartige Einrichtungen auf Defizitausgleiche durch die Träger angewiesen sind. Insoweit ist es bemerkenswert, dass die gBuK seit ihrer Gründung im Jahr 2008 anders als viele andere Einrichtungen im Bereich Bildung und Kultur nicht auf steigende Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen war und das Coronakrisenjahr 2020 aus vorhandenen Rücklagen finanziell ausgleichen kann.

Vor dem Hintergrund des deutlich reduzierten Eigenkapitals auf vorrausichtlich 449 T€ zum 31.12.2020, der Patronatserklärungen der Gesellschafter Hansestadt und Landkreis Lüneburg und der gemeinsam getragenen Anstrengungen, die zu unternehmen sind, um in kommenden Jahren wieder zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen und der seitens der Gesellschafter signalisierten Bereitschaft, ggf. auch mit höheren Verlustausgleichen einzutreten, ist festzustellen, dass die gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg bmH – Volkshochschule REGION Lüneburg – und der von ihr betriebene Geschäftsbetrieb als gesichert angesehen werden können.

Lüneburg, den 05. November 2020


.....
(Christiane Finner)